

diesem Menschen Luft ins Rückenmark oder spritzt ihm Jodnatrium hinein, und dann stellt man durch Beobachtung fest, ob er krank ist oder nicht. Ja, was ist hier ein Mensch wert, wenn er von vornherein als Simulant betrachtet wird. Und wie würde es erst werden, wenn der Arzt berechnen würde, die Sterilisierung an Menschen vorzunehmen, oder wie unser Dr. Lela-Pinnow es wünscht, daß von staatswegen Menschen gezwungen werden können, diese Operation an sich vornehmen lassen zu müssen. Wer würde da wohl alles hinhalten müssen? Jedenfalls zu dieser von Dr. Lehr-Pinnow behandelten Frage dieser Kategorie von Asozialen (Geistesranke, Blinde usw.) sei gesagt, daß keine Gewähr für eine objektive Behandlung geboten ist und man letzten Endes nicht weiß, wer zu diesen Asozialen gerechnet wird.

Es ist schon in diesem Artikel erwähnt worden, daß für die andere Kategorie von Asozialen (Dirnen, Zuhälter, Verbrecher, Arbeitslose usw.) empfohlen wird die Verwahrung auf unbestimmte Zeit oder lebenslanglich. Dieser Dr. Lehr-Pinnow schreibt dazu: Eins aber darf die Gesellschaft verlangen, daß nämlich Mitleid und Fürsorge bei verbrecherischen Asozialen nicht so weit getrieben werden, daß diese sich auf Kosten der sozial Denkenden und Handelnden anstoßen. Bisher herrscht auf diesem Gebiete eine zu große Humanität, die der idealistischen Auffassung entspringt, daß jeder Mensch erziehbar ist. Er trägt auch hier bei dieser Frage nicht nach dem Warum. Gibt sich auch gar nicht die Mühe, sich mit den eventuellen Ursachen, die den Menschen zum Verbrecher werden lassen, zu beschäftigen. Er stellt nur fest, die Kosten, die dem Staate dadurch entstehen, sind zu groß, und müssen unter allen Umständen verringert werden. Daß aber diese bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft Millionen die Existenzmöglichkeit raubt, aus den Bahnen eines halbwegs geordneten Lebens hinausdrängt, danach wird nicht gefragt. Hier ist man schnell mit dem Urteil über die moralische Verkommenheit der Jugend, hier schimpft man über alle jene, die versuchen, sich etwas anzueignen von dem Überfluß der anderen. Geradezu grotesk müht es einen an, von Arbeitsscheuen zu hören, wo Millionen feiern müssen, weil eben die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft nicht mehr in der Lage ist, der Menschheit die Grundlage für eine weitere aufsteigende Entwicklung bieten zu können. Und dann wundert sich solch ein Genie der bürgerlichen Wissenschaft, daß es so viele Menschen gibt, die sich nicht zurückziehen in das bürgerliche Leben.

Hier, Arbeiter, habt ihr das Urteil eines bürgerlichen Wissenschaftlers, der da glaubt, die vom bürgerlich-kapitalistischen Staate selbst geschaffenen Schwierigkeiten durch Verordnungen und brutale Maßnahmen aus der Welt zu schaffen. Wir sind weit davon entfernt, uns als Verteidiger derjenigen hinzustellen, die da glauben, durch Raub und Diebstahl oder durch den Verkauf ihres Körpers den Kampf um ihre wirtschaftliche Existenz führen zu müssen. Aber wir erkennen auch, daß es die kapitalistische Warenproduktion, die ungleichen sozialen Lebensbedingungen sind, die diese Schichten von Asozialen erzeugen. Deswegen wäre es auch kein Segen für die Menschheit, diese hier kurz besprochenen Maßnahmen außer den heutigen Zuständen zur Durchföhrung zu bringen. Erst in einer kommunistischen Gesellschaft wird auch der Arbeiter seiner eigentlichen Aufgabe gerecht werden können, das heißt, der Schutz der Volksgesundheit ist für ihn oberste Pflicht, und nicht, wie es heute der Fall ist, die Wahrung irgendwelcher geschäftlicher Interessen. Wir erkennen, daß es das zusammenbrechende kapitalistische System

ist, das die Menschen korrumpiert, Not und Elend in nie gekannter Größe erzeugt; deswegen organisieren wir den Kampf gegen dieses System, für den Kommunismus!

Lohnabbau - Preisabbau!

Das ist die Medizin, mit der man den todkranken kapitalistischen Wirtschaftskörper wieder auf die Beine bringen will! Erst die Peitsche, dann das Zuckerbrot! Und du, Proletarier, bist wie immer das Experimentiermaterial. In Deutschland, England, Amerika — überall das gleiche Unterlagen. Obwohl man über dem großen Teich noch bis vor kurzem behauptete, daß Lohnabbau das ungeeignetste Mittel sei, die kranke Wirtschaft zu heilen.

Trotzdem aber: Hilft es nichts, so schadet es uns, nämlich den Kapitalisten, doch sicherlich nichts. Und bei dieser Dr. Eisenbartkur — wie immer — Deutschland in der Welt voran!

Gelesene
Nummern
des
„Spartakus“
wegwerfen
heißt
dem
Klassenbruder
wertvolles
Erkenntnismaterial
unterschlagen
!

Genossen!

Wer sich von den autoritären reformistischen Parteien und Gewerkschaften losgelöst fühlt, wer mit der antiautoritären Schreibweise des „Spartakus“ sympathisiert, wende sich an den Verlag!

Man benütze den untenstehenden Bestellzettel!

Hier abonnieren!

Unterzeichnetem bestellt hiermit die monatlich zweimal erscheinende Zeitung

SPARTAKUS

zum Bezugspreis von 90 Pfg. vierteljährlich ab 1931
Verlagsort: Rähnitz-Hellerau, Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929
Bezugsgeid ist von mir zu erheben

Name Ort u. Zustellungspostamt

Straße u. Hausnummer

mehr Arbeitskräfte im Produktionsprozeß überflüssig machte, die sich zunächst im Kleinhandel eindrängten.

Zwischen dem Preis der Arbeitskraft, dem Lohn, und dem Warenpreis besteht ein stetiger Kampf. Es ist ein Kampf um den Lebensstandard, die Lebensweise von der der Warenverkäufer — auch schon der kleinere — annimmt, daß die seinige höher sein muß als die des Lohnarbeiters, der sie erst erzeugt, nämlich die Waren.

Wir haben hiermit auch die naive Frage beantwortet, die so viele unwisende Proleten tun: „Warum nicht erst Preisabbau und dann Lohnabbau?“ Dieses geschichtliche Verhältnis ist zu einer Art mechanischem Prozeß geworden, ein Stück Klassenkampf. Die Warenpreisbewegung will und kann auch keine Regierung auf die Dauer beeinflussen. Das Ergebnis des von der Regierung „empfohlenen“ Preisabbaues liegt bereits jedem vor Augen. Die Regierung „kann“ wohl den Weizenol und ähnliches erhöhen oder herabsetzen, selbstverständlich aber nur im Einverständnis mit den großen Interessentengruppen. Sie muß aber Helfersdienste beim Lohnabbau leisten.

Sind denn nun die Arbeitslöhne wirklich zu hoch, und welches ist der Maßstab, mit dem man das feststellen kann? Als Maßstab dienen die Vorkriegslöhne und der reichsstatistisch festgestellte Lebenshaltungsindex. Die Verhältnisse vor den Kriegen gleich 100 gesetzt, beträgt dieser seit einigen Jahren rund 150, meist ist er etwas höher. Aber dieser Index umfaßt zugegebenermaßen nur das zum Leben allernotwendigste, z. B. enthält er nichts, was der Mensch zur Befriedigung seiner Geselligkeitstriebe braucht. Kurz gesagt, jeder Arbeiter wird am besten wissen, daß er mit dem heutigen „hohen“ Lohn nicht so leben kann wie früher, weil die Kaufkraft im Verhältnis zu den Warenpreisen und den Staatsabgaben stark gesunken ist. Dazu kommt noch die periodisch einsetzende Arbeitslosigkeit, die für einen Teil zum Dauerzustand wird und die Lebenshaltung einschränkt.

Bis zu 20 und mehr Prozent will man die Löhne abbauen. Ohne jede Angst vor den Organisationen der Arbeiter, ohne jeden „Respekt vor den Tarifen“ der Gewerkschaften geht man vor. Der Tarif, die schriftliche Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, der einst die Arbeiter vor Lohnreduzierungen und den Unternehmer vor durch Streiks zu erzwingenden Lohnhöhungen schützte, steht in der Praxis schon längst erledigt. Er existiert nur noch zum Schein, und die Praxis daraus ergibt, daß die heutigen Gewerkschaftsorganisationen nur noch ein Schattendasein führen. Das Schlichtungswesen hat die früheren Lohnkämpfe ersetzt. Eingeführt mit Wissen und Willen der Gewerkschaftsbürokratie schlägt es jetzt auf die Arbeiter zurück. Die „Lohnkämpfe“ sind verstaatlicht worden. Der berühmte „Unparteiische“ und die Regierungsinstanzen entscheiden. Und diese Instanzen setzen sich zusammen aus bewußt oder unbewußt kapitalistisch eingestellten Vertretern oder Intellektuellen, die sich niemals in die Psychologie der Arbeiter hineinversetzen können. Die Berühtgewerkschaften können nicht mehr ernstlich kämpfen. Die Zeit der Lohnkämpfe ist vorbei.

Gegen etwaige Kämpfe ist der Kapitalist durch seine mächtigen Organisationen gerüstet. Der Kapitalismus greift auf der ganzen Front an, nachdem er sich Hilfsgruppen wie Nazis, Stahlhelm usw. geschaffen hat. Es geht aus Ganzes Der Lohnabbau ist das Vorspiel. Für die Arbeiterklasse kann es aber nur noch gehen um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft und ihre Ersetzung durch die sozialistische. Zu diesem Kampf sind aber auf Grund ihrer ganzen Einstellung und Organisationsweise die Gewerkschaften und Parteien weder gewillt noch fähig. Dazu braucht sie ein anderes Organisationssystem, das Rätssystem, die Einheitsorganisation, deren Zelle im Betrieb liegt und wie ihr sie im Spartakusbund vorgebildet findet.

Die Regierung aber, die der Lohnabbauaktion starken Vorschub leistet, wird damit die Staatswirtschaft nicht bessern.

Mit dem Lohnabbau wird der Innenmarkt geschwächt, und in einer Zeit, wo in der kapitalistischen Warenwirtschaft sich die Absatzgebiete verringert haben, ist dieser mehr wie je die Grundlage aller Wirtschaft.

Und der Preisabbau, die Hoffnung aller Wundergläubigen, wird sich als Seifenblase erweisen, auf alle Fälle aber den Warenbesitzern nicht weh tun. Nur der große Hammel Prolet wird geschoren.

Achtung!

An alle Mitarbeiter!

Manuskripte können in Zukunft nur dann zurückgesandt werden, wenn das Rückporto eingesandt wurde.

D. R. P. K.

Für den Inhalt verantwortlich: R. Weiß, Dresden-A.
Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Nr. 6 * 6. Jahrgang

11. Jahrgang der „Einheitsfront“

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, lerner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes od. direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Hendrichstr. 3

Zweite März-Nummer 1931

Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zu zahlen. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pfg. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Einzelnummer 15 Pf.

erscheint monatlich zweimal

Kampf gegen den Faschismus?

oder

Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft durch die proletarische Revolution

Das kapitalistische Wirtschaftssystem in Todeskrämpfen: Lebensmittel werden vernichtet; fruchtbarer Boden brachgelegt; Fassungslos stehen Regierungen und Wirtschaftsbürokraten; ohnmächtig, Produktion und Konsum im Gleichgewicht zu bringen. Bürgerliche Nationalheroen treiben kapitalistische Experimente, kapitalistische Staatsmänner suchen bei Helfersherrinnen und Kartenlegerinnen Ratschläge.

Die bürgerlich denkende Arbeiterschaft, Parteien und Gewerkschaften, sind in größte Verwirrung geraten: Faschismus droht! — Sozialfaschistische Reichsbanner und Moskauer Kampfbrigaden schlagen sich gegenseitig die Köpfe ein. Es balgen sich „antiautoritäre“ mit „autoritären“ antifaschistischen Kampfbrigaden. Kampf dem Faschismus! Schützt die Republik! Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung! Kampf für den Volksstaat!

Und währenddessen wächst die Verelendung der Arbeitermassen ins Unermessliche. Wird das Hetztempo in den Betrieben immer unerträglicher. Werden die Hungerlöhne weiter abgeschliffen? Dutzende von Proletarier sind aus Hunger sich alltäglich das Leben nehmen. Hunderte von Arbeitern, die allmonatlich durch „Naturkatastrophen“ zum „ewigen Frieden“ befördert werden.

Parlaments-„Reform“

Ein Erfolg der Nazis!

Die Rolle des bürgerlichen Parlamentarismus war schon immer die des Feigenblattes, das die Blöße dem kapitalistischen Diktator verdecken soll. In Deutschland, wo dank der Feigheit des Bürgertums die junker die Hegemonie unter den herrschenden Klassen hatten, lernte man seinen Wert erst kennen, als dieselben herrschenden Klassen in Not gerieten, und die unterdrückten Klassen auf neuer Grundlage, diesmal „demokratisch“ zu unterwerfen. Nachdem hinter den Kulissen des Parlaments das Bürgertum sich vom November-schreck erholt hatte, formierte es zuverlässigere Stoßtruppen der Reaktion, um ihre ehemaligen Retter aus dem „Arbeiterstande“ als überflüssige Kostgänger des Staates (man spricht von 300.000 sozialdemokratischen Beamten in Staat und Gesellschaft) zu rationalisieren.

Zur „Anzei chung nur einige Stichpunkte: Interpellationen, die der Regierung nicht passen, sollen nicht beantwortet werden.

Bei der Stellung von Vertrauens- oder Mißtrauensanträgen soll die Regierung () bestimmen, über welche sie zuerst abzustimmen wünscht.

Die zweite Lesung von Gesetzen und besonders des Haushaltes soll durch Ausschüßberatungen hinter verschlossener Türen ersetzt werden.

Und schließlich: Gibt es keine Mehrheit, dann nicht Rücktritt der Regierung, sondern Artikel 48, denn: „Die Frage der Notverordnungen ist nicht mehr eine Frage der Regierung, sondern des Parlamentes.“

So rüsten diese „Interessen-Haufen“ zur offenen Diktatur.

Das alles genügt noch nicht, um in der Todeskrise halb die „republikanische Schupo“ Treibjagden auf mit dazu dressierten Hunden, mit Maschinengewehren mit Gummiknüppeln und Tränngasen.

Darum, Arbeiter, die Demokratie ist in Gefahr! Es gilt, diese Republik zu schützen!

Kleine Kinder ängstigt man mit dem „Schwarzen Mann“, Gläubige Christen mit dem höllischen Feuer. Und hungernden Proletarier droht man mit dem Gespenst, mit dem großen Ban-Ban: Adolf Hitler — die faschistische Gefahr!

Den „Artigen“ lohnt das Christkind und der Osterhase. Dem Frommen winkt das Seelenheil.

Der Hunger soll kämpfen: gegen den Faschismus! Für die Demokratie! — Für die Volksherrschaft! Ob Demokratie, ob Volksherrschaft — beides ist Faschismus, jedes dieser Herrschaftsinstrumente stehen im Dienste der besitzenden Klasse.

Hitler wird Arbeiter morden! Die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften rufen es — die Noskes, die Severings. Hitler wird Arbeiter morden. Ganz ge-

ordnung jetzt einer schnelleren Klärung entgegengeführt und eine Mehrheit für Maßnahmen gefunden wird, deren einziges Ziel ist, das ungestörte Funktionieren des Parlaments zu sichern, indem der unbillige Ton, die Beschimpfungen und gewaltsamen Störungen unterbunden werden.“ — „Alle Störungen in diesen Ausschüssen sind auf das Verhalten der Nationalsozialisten zurückzuführen, während die Kommunisten die Gesetze der parlamentarischen Ordnung zu wahren durchaus bestrbt sind.“

Ob diese Herren auf die Gefolgschaft der Kommunisten hoffen? Zweifello! Die Väter des Republik-schutzgesetzes berechtigen zu solcher Hoffnung.

„Die parlamentarischen Rechte sollen nicht eingeschränkt, sondern vor den Gegnern des parlamentarischen Systems geschützt werden.“

behaup- der „Vorwärts“.

Zur „Anzei chung nur einige Stichpunkte: Interpellationen, die der Regierung nicht passen, sollen nicht beantwortet werden.

Bei der Stellung von Vertrauens- oder Mißtrauensanträgen soll die Regierung () bestimmen, über welche sie zuerst abzustimmen wünscht.

Proletarier und ihr?

weiß. Wir spüren schon jetzt den blutdürstigen Atem der braunen Raubtiere. Wir sehen, wie die Bestie ihre Zähne zeigt.

Wer aber hat schon Arbeiter gemordet? — Maschinengewehre, Flammenwerfer und Geschütze gegen revolutionäre Arbeiter?

Waffenlose Parlamentäre des revolutionären Proletariats abgeschlachtet? Haufen von Proletarierleichen in den Straßen. Leichen von Revolutionären geschleitet. Gefangene Revolutionäre mit Maschinengewehren zusammengeschossen. Wann war es? — Es war die Zeit, als die Noske-Severing die die heutigen „Antifaschisten“ die Macht in Deutschland hatten.

Es läßt sich nichts drehen und drehen: 20.000 in jener Zeit emorierte Proletarier richten ihre verlannten Leiber auf und rufen mit erdgefüllten Mündern: „He! Ihr „Volksbeauftragten“, der Neid kitzelt euch wohl, daß Hitler euch den selbstgewählten Ehrentitel „Bluthund“ abnahm! Ihr könnt wohl nicht schlafen, weil euer Wunsch nicht erfüllt wird: wenn schon Diktatur, dann möchten wir sie ausüben — ach bitte, bitte — wir verstehen es am besten, Proletarier zu schlachten.“

Schon rüdet Hörising seine Mörderbanden — gegen politisches Rowdium von rechts“, aber — und das ist entscheidend — auch gegen links.

„Politische Rowdies“ — so titulieren euch diejenigen, die vorgeben, gegen den Faschismus zu kämpfen.

Und wer mordet heute schon die meisten Proletarier? Die Schupo unter dem Kommando Severings, unter dem Kommando sozialdemokratischer Polizeipräsidenten. Die im ADGB organisierte Polizei ist es, die die Nazis verhätschelt und beschützt, die es ihnen ermöglicht, Arbeiter zu überfallen, auf der Straße sich breit zu machen.

Kampf dem Faschismus! Die „Kommunistische“ Partei ruft es — die Stalin-Thälmanns.

Wer aber hat das faschistische Gift in die Arbeiterhirne hineingepumpt? Die KPD, 1923, als noch kein Hahn von Nationalsozialisten krähte — welche Zeitung öffnete damals dem Faschistenhäuptling Rentlow ihre Spalten — welche Arbeiterzeitung schrieb dem faschisten Schlageter enthusiastische Nekrologe? Die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD.

Wer predigte damals Judentum und Rassenkampf? Ruth Fischer, die Vorsitzende der KPD.

Wer lieferte dem deutschen Kapital damals Munition, bestimmt, Proletarierkörper zu verletzen? — Rußland, das sogenannte „Vaterland der Arbeiter“.

Wer versucht heute, den Faschismus durch Nationalismus allerschlimmster Sorte niederzukorruptieren? — Die KPD. Sie hetzt das deutsche Proletariat zum Kampf gegen die Versklavung des deutschen „Volkes“.

Ernst Thälmanns „nationale und soziale Befreiung“ ist schlimmer als alle schlimmsten Naziprogramme. Die Verdrehung der Worte Karl Marx „Die Arbeiter haben kein Vaterland!“ in das „Vaterland der Arbeiter“ der Kommunisten ist verhängnisvoller als das „Dritte Reich“ Hitlers.

„Das Vaterland der Arbeiter“, die Geschäftsleitung der Kommunisten, der russische Staat — er pflegt die freundschaftlichsten Beziehungen zu den faschistischen Staaten. Und die revolutionäre Proletariat wird dort mindestens ebenso schwer terrorisiert — wie hier.

Diktatur droht! Zu der wirtschaftlichen droht die politische Diktatur.

So äußern sich auch linksrevolutionäre Organisationen, ultralinke Gruppen, bei denen man mehr Klarheit, mehr Marxismus erwartet hätte.

Seit wann besteht denn eine Trennung in wirtschaftliche und politische Diktatur?

In welche dieser beiden Kategorien ist z. B. das Schlichtungswesen einzufiedern?

Warum sind wir denn politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation?

Die antiautoritären Bünde müssen sich fast ausschließlich mit dem Kampf gegen die autoritären Verbände abgeben.

Dieses demonstriert deutlich genug, welchen Inhalt allein der Kampf gegen den Faschismus haben kann, nämlich in erster Linie

den erbitterten Kampf gegen Parteien und Gewerkschaften aller Schattierungen!

Das sagt Spartakus. Ruhig, ohne nervöses Lampenfieber sehen die in revolutionären Betriebsorganisationen zusammengeschlossenen Spartakisten den kommenden Ereignissen entgegen: dem Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit.

Wir überlassen es dem Bürger, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, ob es Adolf Hitler fertigbekommt, aus dem Völkerverbund „Deutschland“ die neue „Ederlasse“ zu züchten.

Wir stehen auf dem Boden des historischen Materialismus und haben die Worte Engels begriffen, daß die Menschen zuerst essen und trinken müssen, um dann erst alle anderen schönen Sachen treiben zu können.

Wir wissen, daß der Hunger den Menschen zwang, aus dem Tierreich emporzusteigen; der Hunger lehrte ihm Werkzeuge und Feuer gebrauchen. Um seine gesteigerten Lebensbedürfnisse besser befriedigen zu können, lernte der Mensch Maschinen und Werkzeuge bauen.

Der Hunger der Arbeiterklasse treibt sie zur Revolution, zur Eroberung der Maschine, zur Ablösung der kapitalistischen Warenwirtschaft durch die kommunistische Bedarfswirtschaft.

Die entscheidende Frage muß darum lauten: Kann Adolf Hitler diesen Hunger aus der Welt schaffen oder nicht?

Neint! Hitler kann wohl vermittelst einiger Verkehrsflugzeuge und einiger Senfgasbomben die Welt in eine Wüste Sahara verwandeln. Er kann aber das Ausland nicht dazu zwingen, die Ueberproduktion Deutschlands aufzunehmen. Aus dem Absatzmangel für die Waren stammt ja das Elend in allen Staaten unserer Erde.

Weil das kapitalistische Wirtschaftssystem zu seiner Existenz dauernd noch nichtkapitalistische Länder und Schichten braucht, und weil diese dauernd schwinden, und fast alle kapitalistisch produzieren, darum wächst das Elend der Arbeiterklasse.

Hitler wird nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufheben.

Hitler wird nicht die Warenwirtschaft beseitigen. Darum wird auch Hitler nicht in der Lage sein, seinen Sklaven auch nur das Sklavenelend zu sichern. Hitlers Sklaven werden Rebellen und Revolutionäre werden müssen.

Kann Hitler nicht den Hunger verbieten, kann er auch Spartakus nicht verbieten; denn Spartakus, — das heißt alle Not und Glückssehnsucht, alle Kampfentschlossenheit des klassenbewußten Proletariats. Denn Spartakus — das heißt Sozialismus und Weltrevolution.

„Wir werden nicht mehr legal arbeiten können.“ — Wann ist schon revolutionäre Arbeit „legal“ gewesen? Arbeiter-Vertreter werden aus den Parlamenten verjagt werden. Was geht das uns an!

20000 Krankenkassenbeamtenstellen, unzählige Städt- und Landratsposten werden flüchtig gehen — Waren, die die Führer der proletarischen Revolution?

Volkversammlungen werden unmöglich sein. — Vollzog sich die Klärung zum Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse in Volksversammlungen?

Straßendemonstrationen werden nicht mehr erlaubt sein. — Waren das überhaupt Demonstrationen (Machtbekundungen), was dort unter dem Schutze der Staatsorgane spazieren ging?

Achtung! Fechterstellung!

„Freie Schützen“ und „Kampfbund gegen den Faschismus“ in Tilsit

Ihr könnt wohl fechten und schreien. Doch halt diese Kunst nicht stand Vor Welle und vor Stürmen.

Die Proletarier-Bündler, die Ebert-Noskes, verstanden es, mit lockenden Versprechungen, mit trügerischen Gaukeleien über Sozialismus und Demokratie, um die deutsche Arbeiterklasse das feste Gitter der „Reichsverbande“ aufzurichten.

Als der Zwangskrieg „deutsche Republik“ fertig war, als das Proletariat die Machorgane, die „revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte“, freiwillig aufgeben und seine Waffen abgeben hatte, konnte die Beste Kapitalismus ihre blutigen Patze entrollen. Wirtschaftlich ist die Arbeiterklasse schon heute so tief gesunken, wie nie zuvor. Und ihre Lage wird von Tag zu Tag schlechter.

Politisch hat das deutsche Proletariat alle „Rechte“ und „Freiheiten“ eingebüßt.

Die Beste Kapitalismus wurde immer blutdürstiger. In der „freiesten Republik der Welt“ wurden dem Proletariat auch narbige Spielfelder mit Uniformen und Wundjaken untersagt — der rote Kriegerverein RFB, wurde verboten.

Daraufhin zog hier in Tilsit die „kommunistische“ Partei einen „Freien Schützenbund“ und einen „Kampfbund gegen den Faschismus“ auf.

Worauf besteht nun die Tätigkeit dieser beiden Organisationen? Die „Freien Schützen“ übel sich häufig in Florentin-Fechten; stundenlang wird die „richtige“ Fechterstellung

Redaktionsstuben, Partei- und Gewerkschaftsbüros werden zerstört werden. — Pulsiert dort die proletarische Revolution? Oder in den Betrieben? Die Betriebe wird Hitler nicht zu zerstören.

Köpfe werden rollen. — Gewiß! Die Räte sind aber nicht die Köpfe, sondern die jederzeit ersetzbaren Werkzeuge der Revolution der Arbeiterklasse.

Die proletarische Revolution — sie lebt in jedem Betriebe, sie lebt in jedem Hungernden.

Und das euerne Maß für ihren Sieg ist, daß ihr erster Schrei lautet:

Nieder mit den Arbeitermördern, den Noske-Severings, nieder mit den Arbeiterbetrügern, den Stalin-Thälmann!

Um die proletarische Revolution siegreich durchzuführen, muß die Arbeiterklasse gründlich von dem Wahn geleitet sein, auf Führer zu bauen, durch Beitragsmarken die Befreiung sich zu erkauen. Maß das Proletariat lernen, die Räte als Kampf- und Verwaltungsorgane zu gebrauchen.

Ohne Furcht sieht Spartakus der offenen Diktatur des Kapitals entgegen.

Was nicht lebensfähig sein wird, wird vergehen. Das Proletariat wird zurückgreifen müssen auf die jederzeit ersetzbaren Räte.

Die harte Notwendigkeit wird die Proletariat dazu zwingen, ihre Organisationen in den Betrieben, auf den Stempelmaschinen aufzulösen.

So wird der Riese Proletariat es lernen, seine gewaltige Tüte auf die Produktionsmittel zu legen: den Generalstreik!

Der Besitz der Produktionsmittel wird der Arbeiterklasse auch die politische Macht sichern.

Spartakus kann nicht warten, bis der Kreis sich schließt, bis die Thälmanns-Severings als Retter der Demokratie den Faschismus Hitlers ablösen.

Spartakus muß schon jetzt den Kampf gegen diese Noskes der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft führen.

Proletariat! Auf zur Tat! Nicht schöne Reden, nicht Kongresse, nicht Resolutionen!

Mit doppelt gesteigerter Energie weiter in den Kampf: Gegen rot-goldenen und roten Reformismus — für die proletarische Revolution!

Gegen demokratischen und „revolutionären“ Parlamentarismus —

Gegen Parteien und Gewerkschaften — für revolutionäre Betriebsorganisationen!

Gegen kapitalistische Warenwirtschaft — für kommunistische Bedarfswirtschaft!

Alle Macht den Arbeiter-Räten!

Zum Schluß — die Räuber

Wieder einmal tag der Völkerverbund. Er unterhält sich über die Gründung einer Europäischen Union. „Zollfrieden“ ist das neueste Schlagwort, daß den Lesern bürgerlicher Zeitungen serviert wird.

Deutschland und Italien haben den Antrag gestellt, daß auch Rußland und die Türkei gelad- und in die zu gründende Europäische Union aufgenommen werden. Der deutsche Außenminister Curtius begründete in längeren Ausführungen diesen Antrag.

In Italien tobte sich in unerhörte grausamer Weise der Faschismus gegen das Proletariat aus. Und das „demokratische“ Deutschland wird in diesem Punkte bald Italien nicht mehr nachsehen. In Rußland aber,

erzählen die Zeitungen der KPD, ist der Kommunismus die herrschende Wirtschaftsform, und sie nennen den Völkerverbund einen „Räuberbund gegen Sowjet-Rußland“. Wie ist es nun zu verstehen, daß diese beiden Länder sich so für das „kommunistische“ Rußland begeistern.

Nun herrscht, wie jedem nicht ganz vernagelten Proletariat längst bekannt, in Rußland kein Kommunismus, sondern ebenso ein ähnlicher Kapitalismus, — wie auch in faschistischen und demokratischen Ländern. Auch in Rußland ist der Arbeiter einfacher Lohnarbeiter, während die Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen, Transportmittel, Bergwerke, Grund und Boden) — in der Hand von Privateigentümern oder Staatseigentum sind.

Der Lohnarbeiter erhält nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit ausgehändigt; er hat auch nicht zu bestimmen, was, wie, wo und wieviel produziert wird, — also wird auch der Arbeiter in Rußland ausgebeutet.

Staatsbeamte und inländische und ausländische Kapitalisten regeln Produktion und Verteilung; sie genießen die Früchte der Arbeit, — also beuten sie auch in Rußland das Proletariat aus.

Die Ausbeuter in Rußland suchen für ihre Warenwirtschaft und brauchen für diese den internationalen Markt. Mit fast allen „kapitalistischen“ Staaten bestehen darum schon lange Handelsverträge und -bündnisse, die mit Sicherheit auch auf geheime politische und militärische Bündnisse schließen lassen.

Daß gerade Deutschland und Italien so warm für die Aufnahme Rußlands und der Türkei in den Völkerverbund plädieren, bezeugt, daß hier ein neuer kapitalistischer Vierbund sich bildet oder bereits gebildet hat: Rußland—Deutschland—Italien—Türkei.

Wahrscheinlich wird auch in Geiß der Vertreter Rußlands wacker auf den Kapitalismus schimpfen, und dann — in den geheimen Sitzungen — nach Tische anders sprechen.

Das, was dort geredet wird, kommt ja nicht in die Zeitungen. Und wenn Stalin ruft, werden alle, alle Parteikommunisten kommen, um den „teutschen Rhein“ — ach nein, „daß Vaterland der Arbeiter“ mit ihren Leibern zu schützen.

Ist das Tollhaus — oder Stalinismus?

Zum Agrarproblem

In der Gegenwart besteht erneut die Möglichkeit der Machtergreifung durch das revolutionäre Proletariat. Damit rückt auch das Agrarproblem in der Vordergrund des Interesses.

Auf dem Internationalen Kongreß in Lausanne (1867) wurde die Agrarfrage zum ersten Male berührt. Der Belgier César de Paeppe verlangte die Vergesellschaftung des Grund und Bodens. Englische und deutsche Vertreter unterstützten ihn; aber die französischen Proudhonisten verteidigten mit Eifer das persönliche Eigentum als „Bedingung absoluter persönlicher Freiheit“. Zu einer Entscheidung kam es nicht.

Auf dem folgenden Kongreß in Brüssel (1868) hatten die Marxisten weitaus die Mehrheit. Nach einem Referat von de Paeppe wurde dessen Resolution mit 30 gegen 4 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen. Diese führte bezüglich der Landwirtschaft aus, daß die Erfordernisse der Produktion den Großackerbau erleichtern, und daß im allgemeinen die

moderne ökonomische Entwicklung dem Großackerbau zutreibt. Der Kongreß sprach deshalb seine Meinung dahin aus, daß die ökonomische Entwicklung der modernen Gesellschaft es zu einer gesellschaftlichen Notwendigkeit machen wird, Grund und Boden in gemeinschaftliches, gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln, und daß der Boden von Staats wegen den Ackerbaugesellschaften (Produktivgenossenschaften) zu verpachten sei. Die Wälder müßten Gemeingut der Gesellschaft sein.

Auf dem Kongreß bei Basel (1869) wurde mit 54 gegen 4 Stimmen bei 13 Enthaltungen beschlossen: „Der Kongreß erklärt, daß die Gesellschaft das Recht besitzt, das Privateigentum an Grund und Boden anzuschaffen und in gemeinsames Eigentum zu verwandeln“. Und zusätzlich mit 53 gegen 8 Stimmen bei 10 Enthaltungen erklärte er ferner, „daß diese Umwandlung eine Notwendigkeit ist“.

Nicht zuletzt unter dem Einfluß dieser internationalen Beschlüsse, an welchen die deutschen Delegierten in Stuttgart tagende deutsche Kongreß der Eisenacher Erklärung an, die mit derjenigen des Baseler internationalen Kongresses dem Sinne nach und zum Teil wörtlich übereinstimmt. Das „Gothaer Parteiprogramm“, auf das sich im Jahre 1875 die Eisenacher und Lassalleer einigten, geht auf die Bodenfrage nicht ein, dagegen spricht es sich für Ackerbauproduktivgenossenschaften, parallel zu den von den Lassalleern vertretenen Industrieproduktivgenossenschaften, aus. Der Gedanke einer Vergesellschaftung des Grund und Bodens wird dafür in Büchern, Schriften und Vorträgen der bekanntesten sozialdemokratischen Führer weiterhin und nachdrücklich vertreten (u. a. Wilhelm Liebknecht, „Zur Grund- und Bodenfrage“, 1874 und 1876; Paul Kampfmeyer, „Die soziale Frage auf dem Lande“, 1889 und 1897; Conrad Schmidt, „Soziale Frage und Bodenverteilung“, 1890).

Als dann nach dem Fall des Sozialistengesetzes die deutsche Sozialdemokratie sich im Jahre 1891 ein neues Parteiprogramm schuf (das sogenannte „Erfurter Programm“), wurde in diesem die Agrarfrage durchwegs gleichartig und in einem Atemzuge mit den Fragen der Industrie usw. behandelt. Es heißt an der betreffenden Stelle: „Nur die Verwaltung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln - Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion können bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommen werden.“

Als nun 1918 die deutsche Sozialdemokratie die Macht ergründete, konnte sie ihrer Struktur nach, nicht mehr „wahr machen, was sie immer gesagt hatte“, sondern sie zögerte keinen Augenblick, das „Marxische Dogma“ zu verraten. Nach 10 Jahren antimarxistischer Praxis, kam 1927 der theoretische Niederschlag im neuen Agrarprogramm der SPD.

Damals schrieb ein gewisser F. Baade im Heft 4 „Die Arbeit“:

„Diesen Verzicht auf jeden Dogmatismus und auf jede demagogische Nebenabsicht ist bei der Ausarbeitung des sozialdemokratischen Programmwerfts nur dadurch möglich gewesen, daß alle

Mitglieder der Agrarprogrammkommission unter der Wucht des Gedankens standen, daß die Lösung der Agrarfragen darin besteht, die landwirtschaftlichen Produktivkräfte und die darauf aufgebaute landwirtschaftliche Kaufkraft zur vollen Entfaltung zu bringen, das Mißverhältnis zwischen der industriellen und der agrarischen Produktion in Europa zu mildern oder gar zu beseitigen und damit für die europäische Industriewirtschaft den Weg zur Gesundung für die industrielle Arbeiterschaft den Weg zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg frei zu machen.“

Die revolutionäre Fragestellung, ob Großbetrieb oder kleinbäuerlicher Zwergetrieb dem Wesen der sozialistischen Gesellschaft entspricht, wurde ersetzt durch die platt-bürgerliche Frage der Profitmöglichkeit, ja noch mehr; ersetzt durch die reaktionäre Frage: Wie kann die Landwirtschaft benutzt werden, zur Erhaltung und Stützung des schwerkranken kapitalistischen Systems?

Die Rationalisierung der Landwirtschaft hat in den letzten Jahren, besonders in Uebersee, große Fortschritte gemacht. Der Stickstoffverbrauch ist in den Sortenwahl (besonders bei Kohrzucker, Kautschuk usw.) sind beispielsweise das Tempo der Maschinisierung großartig. Das Pferd, als bewegende Kraft muß dem Traktor und dem Lastauto Platz machen. Die Anhängmaschinen des Traktoren sind im Vergleich zu denen des Pferdes wie Sonne und Mond. Ihre Anwendung bedeutet große Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft, ihre Intensivierung bei gleichzeitiger Extensivierung (Ausdehnung im Raum).

Aber genau so wie in der Industrie die Produktionsverhältnisse mit den Eigentumsverhältnissen im offenen Widerspruch liegen, so auch bei der Landwirtschaft der Zwergetrieb erweist sich sogar als völlig ungeeignet zur Anwendung moderner Produktionsformen.

Die Traktoren können nur in einer geringen Zahl von Großbetrieben verwandt werden und werden daher nicht voll ausgenutzt. Die Anwendung eines Traktors ist nur lohnend bei einer Bodenfläche von über 200 ha, das sind in Amerika nur 3,4 % aller wirtschaftlichen Betriebe weniger als 20 ha. Selbst wenn man die geringere Bodenfläche von 100 ha als Minimum für die Traktorenverwendung annimmt, so gibt es in der deutschen Landwirtschaft 0,4 % aller Wirtschaften, die dafür in Betracht kommen. Daher führt der Traktor unter kapitalistischen Verhältnissen zur Zerschmetterung des kleinen werktätigen Farmers und Bauern. In der Sowjetunion zur Kollektivierung der Landwirtschaft.

Wie reagiert das Bürgertum auf diese Vorgänge? Der deutsche Staat macht sich die Sorgen der Bauern zu eigen und verordnet einen Beimischungsvertrag für Spiritus, um die Kartoffeln los zu werden, und einen Vermahlungsvertrag für Roggen, um die Roggenerte los zu werden. Gegen die ausländische Konkurrenz, schützt sie hohe Zollmauern. Dumm, die Illusion (z. B. bei Brandler) den Freihandel zu fordern, denn die herrschende Klasse hat kein Interesse daran, billige Lebensmittel zu schaffen, sondern die soziale Struktur der Bauernschaft zu erhalten, in diesen Zeiten des latenten Bürgerkrieges.

Trotz dieser Patenschaft bewegt sich die Verschuldung der Landwirtschaft nach oben. Die Verschuldung der amerikanischen Farmer beträgt 10 Milliarden

korrupten Wust den Schlichter. Von Bildung nicht einmal mittelmäßig — befiehlt er nur das, was Rosenberg will; von Charakter hysterisch, ist er keiner Situation gewachsen. Das kennzeichnet seinen Weg vom „Trommler des dritten Reiches“ bis zum Stiefelreiter der Bankräuber, der Minister, der Hugenberg und mit seinem Weg zur Legalität. Ohne Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse der Zeit, und bei größerer Zuverlässigkeit, Adolf I. ist zum größten absinnigen Stümper Wilhelm III. geworden. Das Porträt Hitlers ist gut gezeichnet. Außerdem gibt das Buch reiches Material über den Werdegang und dem geistigen Bankrott des Nationalsozialismus.

Aufrichtung der Diktatur des Proletariats! Alle Macht den jederzeit abberufbaren Räten! Davon, ob die Arbeiter es verstehen, diese Aufgaben zu lösen, ob sie sich in den revolutionären BO's des Spartakusbundes zusammenschließen, davon hängt die Zukunft des Proletariats ab, aber nicht von guten Ju-Jitsu-Griffen und guten Fechterstellungen.

Adolf Hitler Wilhelm III.

Von Weigand von Miltenberg (Ernst Rowohlt-Verlag Berlin)

Ein Buch über die Hitler-Bewegung von ihrer Geburtsstunde bis heute. Der Verfasser, ein Vorkämpfer von Otto Strasser, heben der mit den intimsten organisatorischen und Führungsaufgaben der nationalsozialistischen Arbeiterpartei vertraut ist, Partei. Der ganze Parteidienst über den Werdegang Hitlers und seiner Korruption. Die Parteidienst Hannover und Bamberg der Verrat Göttingen an seinem besten Freunde Gregor Strasser — die sich gegenseitig „Jud“ titulieren — sein Uebertritt von der Strasser zur Hitlerichtung, wo mehr Geld und „Macht“ ist, sind sehr Mißbräue der Führer unter sich größer wäre als hier. Besondere Feindschaften bestehen zwischen dem Geschäftsführer Aman und dem Redakteur Rosenbergs, der Herrensache sind: schriftlich über Hitler. Das Bonzenesind und ihre Taten zerrt. Esser, Buchmann und wie sie alle heißen. Die Ausdrücke in der Partei werden in dem Buche an die Öffentlichkeit gegeben. Großenwahn sinniger Balte — aufgelaesener Feldweibel — Lügner — Betrüger — Jude und Zuträger an die jüdische „Frankfurter Zeitung“ usw. — Hitler spielt zwischen all diesem

Kommt das dritte Reich?

Von Walter Oehme und Kurt Goro (Ernst Rowohlt-Verlag Berlin)

Ein Buch, um die braune Pest gründlich kennen zu lernen. Die Verfasser, die dem linken Flügel des Bürgertums angepassten nationalsozialistischen Literatur die politische Hohlheit der Nationalsozialisten nachzuweisen. Sie bringen reichliches Material, der Leser wird in die intimsten Angelegenheiten der Nationalsozialisten hineingeführt, doch ihre Kritik ist reichlich oberflächlich. Alles in allem, die Literaturerzeugnisse der Nazis sind ein Handwergeln. Die Programmwörter: Geistesprodukte von Halbdolchen. Die Agitation: bewußte Lügen, bombastische Phrasen, gemeine Unterstellungen. Die Gelbher: Kapitalisten! Die Führer: die widerlichsten Gesinnungsgruppen, die je eine Partei haben kann. Treffend wird die tiefste Verkommenheit der Partei geschildert. Dieses Deutschland dürfte nicht erwachen, sondern muß realiter vernichtet werden. Für das Proletariat ist es nicht nur eine Kritik der Nationalsozialisten, sondern diese Bewegung ist eine von den vielen Erscheinungen des verfallenden, kapitalistischen Systems.

Dollars, was allein eine jährliche Zinszahlung von 800 Millionen Dollars bedeutet.

Die Agrarprobleme des Bürgertums erschöpfen sich nicht darin, das Bauerntum zu erhalten, sondern es ist auch bestrebt, dasselbe zu vermehren und zwar gleichzeitig auf ihre reaktionäre Funktion hin zu qualifizieren. Dazu sind ausgediente Reichswahrsoldaten gerade gut genug. Die Ulsteinsche „grüne Post“ vom 25. Januar meint:

„Es genügt nicht, daß der Soldat eine gründliche Ausbildung für einen Zivilberuf erhält; der Heeresangehörige muß sich auch bald in seinem neuen Berufe heimisch fühlen. Nur wenn dies zutrifft, ist die Nation berechtigt, von dem langgedienten Soldaten zu erwarten, daß er auch später eine zuverlässige Stütze des Staates bleibt.“

„Die Uebergangsgelöhne in der Höhe von mindestens 8000 Mark geben ihm auch einen wertvollen wirtschaftlichen Rückhalt.“

„Erst dann, wenn die Heeresverwaltung für die Heeresglieder unbevormundet sorgen kann, wird dem Volke im deutschen Heeresdienst ein Eckpfeiler im deutschen Osten erstehen.“

Die Rolle Rußlands in der kapitalistischen Todeskrise

Wenn die dritte Internationale und ihre Sektionen heute, wo die Todeskrise des Kapitalismus bereits jeden Arbeiter sichtlich ist, immer noch zu keiner klaren theoretischen Formulierung dieser Erscheinung kommen kann, sondern zwischen „teilweiser Stabilisierung“ und sonstigen Phrasen hin und her schwankt, so ist das nur folgerichtig und aus den ökonomischen Notwendigkeiten Rußlands absolut erklärlich. Der ganze Aufbau in Rußland, der nur unter russischen Verhältnissen möglich ist, vollzieht sich zu einer Zeit, in der in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern der Zusammenbruch sich vollzieht.

Wir haben hier zu untersuchen, wie weit die Phrase von der „teilweisen Stabilisierung“ Wirklichkeit ist. Wenn die „teilweise Stabilisierung“ überhaupt einen Sinn haben soll, so muß man annehmen, daß es der Bourgeoisie gelungen ist, Märkte für ihre Ueberproduktion und somit neue Akkumulationsmöglichkeiten zu finden. Eine solche Möglichkeit hat die deutsche Bourgeoisie augenblicklich tatsächlich gefunden, wenn es auch nur der bekannte Strohhalm ist, an dem sie sich zu retten versucht.

Die deutsche Presse von der „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bis „Rote Fahne“ brachte, wenn auch unter verschiedenen Überschriften, folgende Jahresbilanz des deutschen Rußlandhandels: „Eine halbe Milliarde „Sowjet-Aufträge“, hieß es in der Bourgeoisie-Presse; „Sowjet-Rußland schafft den deutschen Arbeitern Arbeit und Brot“, berichtete die KP-Presses. —

Haben die russischen Aufträge teilweise Stabilisierungstendenzen und welche? Betrachten wir die deutsche kapitalistische Wirtschaft, um uns ein Bild zu machen, isoliert! (Isolieren läßt sich die deutsche Wirtschaft nur theoretisch, nicht praktisch.) Um für 8000 RM Industrieerzeugnisse ausführen zu können, muß der Kapitalist einen Arbeiter beschäftigen. Der Arbeiter würde dann einen Durchschnitts-Stundenlohn von — 70 RM haben oder im Jahre 1740 RM verdienen. Dieses wäre der variable Teil des Kapitals, den der Kapitalist für die Ware an Arbeitskraft auszugeben hätte. Wenn sich das konstante Kapital angenommen doppelt so hoch stellt, oder sich wie 1 zu 2 verhält, müßte der Kapitalist 3480 RM für Rohstoffe und Maschinen ausgeben und die Mehrwertarbeit wäre 2780 RM. Durch die halbe Milliarde Aufträge wird die deutsche Bourgeoisie in die Lage versetzt, an Löhnen 125 Millionen RM zu zahlen oder rund 60000 Arbeiter zu beschäftigen.

Diese 60000 Arbeiter könnten ohne Rußland der deutschen Bourgeoisie als Arbeitslose zur Last fallen, auf der ganzen Welt mügen es vielleicht 500000 Arbeiter sein, die durch die russischen Bestellungen sich ausbeuten lassen dürfen. Für die kapitalistische Weltwirtschaft bedeutet es ein Nichts, für die deutsche Wirtschaft tatsächlich nur der Tropfen auf den heißen Stein. Wenn man die weltwirtschaftlichen Sorgen der Kapitalisten betrachtet, so kann man durch die russischen Bestellungen nicht dazu verleitet werden, von einer teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus zu sprechen, obschon der konträrevolutionäre Charakter des russischen Aufbaues sich ganz deutlich zeigt. Die Todeskrise dieser Ordnung kann durch die russischen Bestellungen wohl kaum beeinflusst werden.

Gelesene Nummern des Spartakus

wegwerfen, heißt, dem Klassenbruder wertvolles Erkenntnismaterial unterschlagen!

SPARTAKUS

ORGAN DES SPARTAKUSBUNDES
(Politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)

Verlagsort: Rähnitz-Hellerau. Zu bestellen bei allen Postämtern, ferner durch die Betriebsorganisationen des Spartakusbundes oder direkt beim Verlag Rähnitz-Hellerau, Händelstr. 3

Erste April-Nummer 1931
Postzeitungsliste: 3. Nachtrag 1929

Bezugspreis ist im Voraus zu zahlen. Bei Postbezug vierteljährlich 90 Pf. Ausland und per Kreuzband vierteljährlich RM 1.20 / Zahlungen auf Postcheckkonto Dresden Nr. 32722

Die Gewerkschaftspresse zur Krise

„Singt Hungerlieder“,
„Wir beißen uns durch“

Man könnte von Äußerungen bürgerlicher Theoretiker über die Wirtschaftskrise, die viel pessimistischer sind, die ganze Zeitung füllen. Was geht uns der Pessimismus der Bourgeoisie an? Mag sie ins Hemde machen! Die Gewerkschaftspresse aber geht uns an. Sie hat die Parole des Leipart, nämlich: Wir lehnen es ab, die Wirtschaftskrise vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu betrachten, voll und ganz begriffen. Diese Gewerkschaftsbürokratie, welche „ihre“ Presse auf das Proletariat losläßt, weiß nur das eine, daß ihre Interessen nicht mit den Interessen der 5 Millionen Arbeitslosen, sondern mit den der 300000 Angestellten und Beamten des SPD-Apparates identisch sind. Dies im voraus, um die theoretische und taktische „Linie“ der Gewerkschaftspresse zu begreifen.

In einem Leitartikel des „Aufwärts“, Organ der Berliner Gewerkschaften, vom 15. Januar 1931 wird „Stellung“ zur Weltwirtschaftskrise genommen mit der Frage: „Wird es besser? Wann?“ Die Antwort fällt so zwischendurch und lautet: „Das mögen die Götter wissen“. Das ist anscheinend das Institut für Konjunkturforschung, dessen Exkremite man heißig drückt. Der „Aufwärts“ läßt im besagten Artikel einen Professor Julius Hirsch sprechen. Der Sinn der Ausführungen dieses Herrn ist der: die Krise ist unnormal, eine Störung, in Zukunft zu verhindern.

Der entscheidende Anlaß der weltumgreifenden Wirtschaftskrise war der Zusammenbruch der Rohstoffpreise. Er hat binnen Jahresfrist den Rohstoffländern etwa 16 Milliarden Mark weniger in Gegenwart gebracht. Das bedeutet vorerst eine Verringerung in der Kaufkraft dieser Länder, bedeutsamer noch eine Vergrößerung des Dollars, d. h. eine Erhöhung des Goldwertes.

Die Krise hat ihre Hauptgründe in den zu schnellen technisch-organisatorischen Fortschritten der Wirtschaft aller Länder in den letzten 10 Jahren. Das Fernziel, das die Krise lehrt, solche Störungen in Zukunft zu verhindern, kann nicht — so sagte auch Hirsch — von einer Nation allein gelöst werden.

Das Tempo ist nicht normal, man muß den Finanzmechanismus regulieren, so ähnlich sind die bürgerlichen Weisheiten. Unsäglich dümmert ist der Artikelschreiber im „Aufwärts“, der diese Ausführungen kommentiert. Trotzdem er weiß, daß das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft ist: völlige Planlosigkeit, beantwortet er die Frage:

„ob eine weisere, den Konjunkturabstieg besser kontrollierende Wirtschaftspolitik die deutsche Wirtschaft besser vor dem Hineingleiten in die große Krise hätte schützen können“

ganz dreist im Fettdruck:
„Die Wirtschaft und ihre Führer haben versagt.“

Nachdem die gute alte Großmännertheorie zu ihrem Rechte gekommen ist, werden die abtrünnigen SPD-Wähler beschuldigt, an der (ihrer) Massenarbeitslosigkeit selber schuld zu sein.

„Und mancher Arbeitnehmer, der damals aus Protest gegen die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse sich verleben ließ, für die Nazis zu stimmen, muß heute — vielleicht weiß er es immer noch nicht — die falsche Wahl mit aussichtsloser Arbeitslosigkeit bezahlen.“

Ein anderes Gewerkschaftsblatt, der „Zimmerer“, der mal vor Jahren die Entdeckung gemacht hat, daß es gar keinen Marxismus gibt, weil ja Marx selber von sich gesagt hätte, daß er kein Marxist sei, kommt uns ebenfalls, bei der Betrachtung der letzten Arbeitslosenstatistik, mit erhobenen Zeigefinger:

„Zahlen sollen uns nach Goethes Meinung zeigen, wie die Welt regiert wird. Das tun die, die wir soeben betrachtet haben, auch, aber sie sagen uns nicht, daß die Welt gut regiert wird. Woran das liegt? Am 14. September des Jahres 1930.“

Nun die 106000 „organisierten“ Zimmerleute haben Grund, falschen und natürlich uns unverbesserlichen Nichtwählern zu grollen, denn die Wirkung des 14. September ist laut Bericht des „Zimmerer“ so:

„Das Jahr 1930 war für die Zimmerer ein Elendsjahr. Im Durchschnitt waren 51,9% der Verbandsmitglieder ständig ohne Arbeit. Die Not ist groß, wenn man berücksichtigt, daß über 24000, annähernd der vierte Teil aller Kameraden, keine 26 Wochen im Jahre 1930 in Arbeit gestanden haben. Aussichten für eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit sind nicht vorhanden.“

Im Vergleich zum November ist die Zahl der Arbeitslosen im Dezember von 58171 56% auf 68292 65,6% gestiegen. Die Konjunkturbewertungsindex ist von 3,46% auf 3,66% gesunken. Die größte Arbeitslosigkeit mit 81,6% ist im Landesarbeitsamt Ostpreußen und die niedrigste mit 50,4% in der Nordmark zu verzeichnen.“

In einer Flugschrift desselben Verbandes läßt man allerdings auch andere Ursachen der Krise gelten.

„Nach allen bisher vorliegenden Berichten und Mitteilungen wird sich der Baumarkt 1931 noch ungünstiger gestalten. Der Wohnungsbau soll stark eingeschränkt werden; wesentliche Teile des Aufkommens der Hauszinssteuer sollen dem Wohnungsbau entzogen und anderen Zwecken zugeführt werden. Das bedeutet eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, eine Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt überhaupt.“

Kann man sich denken, daß einem so klugen Zentralvorstand die „Kameraden“ weglaufen? Es ist so, denn er schickt Traktüchen hinterher und demonstriert ihnen seinen heroischen „Kampf“:

„Der nächste Anschlag auf die Arbeitslosenversicherung galt wiederum in erster Linie den baugewerblichen Arbeitern. Durch ihr entschlossenes Vorgehen konnten die Gewerkschaften die „Sonderfürsorge“ retten und Schlimmeres verhüten.“

Die Sonderbehandlung während der Dauer der „beruflichen Arbeitslosigkeit“ konnten sie nicht abwenden, obwohl sie auch hier mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft auftraten.

Man muß es den baugewerblichen Arbeitervereinigungen lassen, daß sie alles getan haben, die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung abzuwehren. Sie haben dabei auch im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund weitestgehende Unterstützung gefunden.

Die baugewerblichen Arbeiterverbindungen sind auch dauernd bestrebt gewesen, ihre Mitglieder in die Krisenfürsorge eingereiht zu bekommen; durch schrittliche Eingaben wie durch Besprechungen im Reichsarbeitsministerium. Es ist nicht ihre Schuld, wenn ihre Bemühungen bisher nicht den erwarteten Erfolg gefunden haben.

Vorwürfe also, die hier gegen die Gewerkschaften gegen unseren Verband gerichtet werden, sind gänzlich unbegründet.

Die Gewerkschaften haben auch nichts unterlassen, was zur Belebung der Wirtschaft im allgemeinen, der Bauwirtschaft im besonderen hätte beitragen können. Wiederholt haben sie den Reichs- und Länderregierungen geeignete Vorschläge unterbreitet. Jeder Vorwurf ist zwar unbegründet, aber dieser unvergleichliche Zentralvorstand ist großmütig. Kritik? Bei uns erlaubt! Aber bitte sehr, kritisierte Kritik!

„Mögen Unwillen und Unzufriedenheit mit den schier unerträglichen Verhältnissen noch so berechtigt sein: Niemals dürfen sie sich gegen die eigene Organisation richten, die immerwährend bestrebt gewesen ist, die Interessen ihrer Mitglieder auf das nachdrücklichste zu vertreten.“

Wir wollen nicht die Kritik unterbinden. Eine gesunde Organisation braucht die Kritik. Aber die Kritik darf den Boden der Sachlichkeit nicht verlassen. Sie darf nicht überschäumen, sich nicht in sich selbst verlieren. Die Kritik muß aufbauend sein, sie darf nicht zerstören.“

Da liegt der Hase im Pfeffer! Immerhin, der revolutionäre Wille des Proletariats wird dieses Geschmeiß überleben, welches faselt: „Uns alle muß der Wille lenken: Durch diese Notperiode hindurch, hindurch selbst unter schwersten Opfern!“ — und mit Lenin antworten: „Nein! Wir dürfen uns durch das Geschrei der erschrockenen Bourgeoisie nicht einschüchtern lassen. Wir müssen daran festhalten, daß wir uns nie „unlösbarer“ gesellschaftliche Aufgaben gestellt haben. Aber die wirklich ungelösbare Aufgabe, unvorzüglich den Weg zum Sozialismus zu beschreiben, als den einzig möglichen Ausweg aus der äußerst schwierigen Situation — diese Aufgabe wird nur die Diktatur des Proletariats und der ärmsten Bauernschaft lösen.“

Was hat nun diese famose Gewerkschaftspresse noch zu sagen? Gedichtet! Hier eine „Max-Dortu“-Schmitte: Hungerlieder

Wie's auch kommt und wie's auch steht!
Daß nur nicht der Humor vergeht!
Setze dich am Waldrand nieder,
Schreib dir deine Hungerlieder,
Schreib ein Lied auch für Freund Wind,
Denn du bist sein liebstes Kind.

Wer lehrt so dem Proleten das „Justige“ Hungern?
Das Schwein heißt Max Dortu. Der hat das Programm konsequent erfüllt. In dem zuerst zitierten „Aufwärts“ rät ein anderer Dichtler dem Proleten in Schönheit zu sterben auf diese Weise:

Löst Bann und Acht!
Gebt der Liebe frei Geleit
durch der Mühsal Bitterkeit.
Gebt ihr Raum und gebt ihr Zeit
und es ist vollbracht!

Staat und Rätesystem

Sich des „Staatsapparates“ zu „bemächtigen“ und ihn in Gang zu setzen, ist das Proletariat nicht imstande. Es ist aber wohl imstande, alles zu zertrümmern, was den alten Staatsapparat zur räumlichen, unverbesserlich-bürgerlichen Unterdrückungsmaschine macht, und an seine Stelle seinen eigenen, neuen

Apparat zu setzen. Diesen Apparat bilden eben die Räte der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten.

Die Räte sind der neue Staatsapparat. Dieser schafft erstens die heftigste Macht der Arbeiter und Bauern, wobei diese Macht nicht wie die des alten stehenden Heeres vom Volke losgelöst, sondern auf das engste mit ihm verbunden ist; in militärischer Hinsicht ist diese Macht unvergleichlich stärker als die früheren, in revolutionärer Hinsicht kann sie durch nichts anderes ersetzt werden. Zweitens schafft dieser Apparat eine derart enge, untrennbare, leicht zu kontrollierende und zu erneuernde Verbindung mit den Massen, mit der Mehrheit des Volkes, wie sie im früheren Staatsapparat auch nicht im entferntesten vorhanden ist. Drittens ist dieser Apparat, kraft seiner Erwählbarkeit und der jederzeit möglichen Abberufung der Gewählten nach dem Willen des Volkes, was beides ohne bürokratische Formalitäten vor sich geht, um vieles demokratischer als die früheren Machtapparate. Viertens schafft er eine feste Verbindung mit den verschiedensten Berufen, wodurch er Reformen von tiefergehender Bedeutung ohne bürokratischen Formalismus ermöglicht. Fünftens schafft er eine Avantgarde — das heißt des bewußtesten, des energischsten und fortgeschrittensten Teiles — der unterdrückten Klassen, der Arbeiter und Bauern, und stellt auf diese Weise einen Apparat dar, mit dessen Hilfe die Avantgarde der unterdrückten Klassen die ganze ungeheure Masse dieser Klassen, die bis jetzt vollständig außerhalb des politischen Lebens, außerhalb der Geschichte gestanden ist, heben, erziehen, lehren und führen kann. Sechstens gibt er Gelegenheit, die Vorteile des Parlamentarismus mit denen der unmittelbaren und direkten Demokratie zu vereinigen, das heißt in der Person des gewählten Volksvertreters die gesetzgebende Funktion mit der exekutiven zu verbinden. Im Vergleich mit dem bürgerlichen Parlamentarismus ist das in der Entwicklung der Demokratie ein Schritt nach vorwärts, dem welt-historische Bedeutung zukommt.

Der nationale Staat war die Organisationsform des austretenden Kapitalismus. Der Kampf um die nationale Einheit war zu seiner Zeit der Kampf um die höhere Organisationsform.

Die nationale Einheit existiert heute in Wirklichkeit nicht mehr. Dieselben Kräfte, die den Nationalstaat schufen, sind in ihr Gegenteil umgeschlagen. Der Versuch, die nationalen Kräfte die sich selbst überwinden haben, in tote Formen zu konservieren, wird heute von allen Parteien unternommen.

Die „bourgeoisie nationale Einheit“ heute nur noch als Konkurrenzmittel im Konkurrenzkampf. Die Parteien versuchen, die ins ungeheure gewachsenen Produktivkräfte in Organisationsformen zu spannen, die gerade durch die Produktivkräfte, gesprengt worden sind.

Aus den Bezirken

Dresden. Die am 27. Februar 1931 tagende Vollversammlung der Ortsgruppe Groß-Dresden kam nach gründlicher Diskussion der von den Ortsgruppen Tharandt und Dresden-Altdorf des „Proletarischen Zeitgeistes“ eingesandten Resolution, zu folgender einstimmigen Entscheidung: Den Gen. des PZ wird durch Schreiben mitgeteilt, daß nach Klärung und Sammlung in den eigenen Reihen, ein oder zwei Genossen zu beauftragen, evtl. in gemeinsamer Versammlung grundlegende Ausführungen zu machen, in denen eine genaue, scharf umgrenzte Definition aller in ihrer Resolution enthaltenen Begriffe und Aussagen im Sinne der Gesamtmeinung aller Resolutionenbeteiligten ihren Niederschlag findet. Die Anberaumung der beiderseitigen Aussprache wird den Genossen des PZ überlassen. — Werte Genossen im Reiche, nach Tagung dieser Versammlung werden wir über das Ergebnis derselben alle Ortsgruppen weiter informieren.

Spartakusbund, Ortsgruppe Groß-Dresden R.-Pr.-Kom.

Hoburg, Bez. Wurzen. KPD. und SPD. hatten gemeinsam einen Delegierten zum Kampfkongress gewählt. Sich für einen Parteimann zu entscheiden vermochten sie nicht. Da die Einen den Anderen nicht trauten, so fiel die Wahl auf einen Unparteiischen. Die objektive Berichterstattung behagte der KPD-Leuten keineswegs, und so versuchten sie denn die wenig geübten Berichtersteller irrezumachen, durch unsägliches Wischeln. Der beigegebene Ergänzungredner der KPD. verwandelte sich in einen Gegenredner. Die Möglichkeit, daß die KPD.-Führung auch hier zum Verräter werden könnte, wurde von diesem bestritten. Der parteilose Genosse, welcher bisher noch nie in einer politischen Bewegung gestanden hatte, wurde als Anarchist bezeichnet. Er wollte nur dieser Idee zum Durchbruch verhelfen, indem er diesen Standpunkt bei der Berichterstattung eingebracht habe. Das Verteilen einiger Spartakuszeitungen sei die Begründung für seine „Entdeckung“. „Es scheint, daß ein großer Teil KP.-Leute farbenblind ist, darum vergrößere sie sich auch so oft bei der Auswahl ihrer Partner und der Bekämpfung der Gegner.“

Achtung! Antiautoritäre! Berichtigung

Werte Genossen! Unter dem letzten Aufruf im „Spartakus“ Nr. 5. Jahrg. 1931, der oppositionellen Genossen des PZ. ist leider die Ortsgruppe Tharandt i. Sa. als Unterzeichneter überschrieben worden. Dies ist uns bedauerlicher, zumal die Tharandter Genossen zuerst die Initiative in ihren Reihen ergriffen und somit die Einigungsfrage einen weiteren positiven Anstoß gegeben haben.

Ferner ist die Unterzeichnende Gruppe Altstadtnatürlich identisch mit Dresden-Altdorf. R.-Pr.-Kom.

Für den Inhalt verantwortlich: R. Weiß, Dresden-A. Druck: F. Eckert, Dresden-A.

Der sozialistische Kampf im Weltmaßstabe

Daß der Klassenkampf im Zeitalter der Trusts und Konzerne keinen nationalen Charakter tragen kann, ergibt sich aus der Abhängigkeit der einzelnen kapitalistischen Länder voneinander. Sowie die Krisen-Weltkrisencharakter angenommen haben, so muß auch der Kampf gegen die Bourgeoisie ist, Weltkassenkampf sein.

Der nationale Staat war die Organisationsform des austretenden Kapitalismus. Der Kampf um die nationale Einheit war zu seiner Zeit der Kampf um die höhere Organisationsform.

Die nationale Einheit existiert heute in Wirklichkeit nicht mehr. Dieselben Kräfte, die den Nationalstaat schufen, sind in ihr Gegenteil umgeschlagen. Der Versuch, die nationalen Kräfte die sich selbst überwinden haben, in tote Formen zu konservieren, wird heute von allen Parteien unternommen.

Die „bourgeoisie nationale Einheit“ heute nur noch als Konkurrenzmittel im Konkurrenzkampf. Die Parteien versuchen, die ins ungeheure gewachsenen Produktivkräfte in Organisationsformen zu spannen, die gerade durch die Produktivkräfte, gesprengt worden sind.

Wenn das Proletariat durch die Systemgebundenheit der einzelnen kapitalistischen Länder gezwungen, international ist, und dieses doch nicht ohne internationale, in seinem Handeln in Widerspruch mit seinen Klasseninteressen.

Nur weil das Proletariat in Unkenntnis der proletarischen Betrachtungsweise der Welt ist, bleibt ihm das Wesen der Nation verborgen.

Die nationale Ideologie ist für die Bourgeoisie heute noch gerade ein Mittel, um das Proletariat über das Wesen ihrer Klassenherrschaft zu täuschen, wie es 1914 war.

Das Proletariat, von Kindheit an mit Nationalismus gefüllt, ist so verwirrt, daß es gerade dann seine nationale Verbundenheit mit seinen Ausbeutern heraufholt, wenn seine Klasseninteressen nach internationaler Solidarität geradezu schreien; so war es 1914 unter Führung der SPD. und der zweiten Internationale.

Gewerkschaftsbonzen bei Hindenburg

Gewerkschaftsbonzen aller Richtungen gaben sich am 26. Februar beim Reichspräsidenten ein Stelldiechen um bewege Klage zu führen über das Elend der Massen. Ihre „Hauptfrage“ sei das „Schicksal“ der „unfreiwillig“ Arbeitslosen. Die Lohnsenkungspolitik müsse man einstellen, energischer aber „Störung der Wirtschaft“ beseitigen und den „Abbau“ der Preise betreiben.

Diese Aktion der Klageweiber (Hindenburg sieht die „Beachtung“ zu), wirft ein grelles Schlaglicht auf die Situation, in der sich der Gewerkschaftsbürokratismus befindet. Schon einmal waren die „Spitzen“ der Gewerkschaften bei Hindenburg als „Schlichter“ der großen Haupttaurück war. Damals mit schillerhafter Aufmerksamkeiten den Mechanismus der proletenmordenden Maschine, dessen Führer „er“ war, bewundernd, heute mit Bitten und Klagen den alten Götter beständig. Der „Klassenkampf“ dieser Gewerkschaften läßt seine Illustration durch diese Meilensteine des Führerverrats: einmal Tragödie, nun Farce.

war es 1923, und so ist es heute unter Führung der KPD. und der Komintern.

Aber, so wird mancher ehrliche Prolet in der KPD. sagen, wird es uns Arbeitern nicht doch besser gehen, wenn wir die Tribut-Lasten nicht mehr aufzubringen haben?

Diese Frage, die für die Genossen vom Spartakusbund eine sehr naive ist, ist dessen ungeachtet in Richtung, weit verbreitet. Darum müssen wir uns mit dieser Frage beschäftigen.

Die Proletarier, die die Frage so stellen, sehen nicht, daß die kapitalistische Wirtschaft längst über den nationalen Rahmen des Staates hinausgewachsen ist. Beseitigung des Youngplans ist heute die alle Parteien verbindende Lösung. Für die Revision des Youngplans sind heute die DNPV. wie die SPD., die Proletariat zu denken geben. Aber das Eigenartige bei der Sache ist, daß auch im Ausland sich die Stimmen mehren, die für eine Revision eintreten, und die Stimmen müssen sich in dem Maße steigern, wie die Krise sich steigert.

Nehmen wir zuerst den Youngplan; dieser sieht, wie alle bisherigen Pläne, die der deutschen Bourgeoisie zur Wiedergutmachung ihrer Verbrechen von ihren internationalen Geschäfts- und Konkurrenzpartnern auferlegt wurden, Zahlungen in Gold und Warenform vor.

Soll der deutsche Teil der Herrscherklasse an den anderen Teil Zahlungen leisten, so muß dieser Teil, wohl oder übel, der deutschen Bourgeoisie gestatten, ihre Produkte zu verkaufen, damit sie den aus dem deutschen Lohnklaven herausgepreßten Mehrwert in Goldform realisieren, und somit mit einem Teil dieses Mehrwertes ihre Zahlungen leisten kann.

Wenn es also im Interesse der internationalen Bourgeoisie liegt, daß der deutsche Partner seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann, so muß sie ihm gestatten, in den Besitz der Zahlungsmittel zu gelangen.

„In den Zeiten der Krise müssen die herkömmlichen Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes last vollständig versagen, indes auch die parlamentarische Sozialreform völlig ins Stocken gerät. Da kommt eine Zeit, wo die arbeitenden Klassen bei Strale des Unterganges genötigt sind, wie Engels sagt, alles daran zu setzen, die ökonomische und politische Herrschaft des Kapitals zu brechen und es zu expropriieren, wo jede bloße Reformaktion aussichtslos wird und der Gedanke der sozialen Revolution, der in den Zeiten des Aufschwungs nach dem Fall des Sozialistengesetzes in den Hintergrund getreten war, mehr als je wieder das gesamte internationale Proletariat beherrschen wird.“

Das prophezeite ihnen ihr Papst Kautsky im Vorwort zu Friedrich Engels „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.“ Für die Bonzen ist das alles umsonst geschrieben. Längst sind sie mit Kautsky zu vormalistischen Utopien zurückgekehrt, weil ihre soziale Lage von der Lage des Proletariats grundverschieden ist. Nicht große Männer à la Hindenburg und Leipart, sondern die Klasse muß handeln. Proletarier, zertrümmert die Gewerkschaften.

Mit anderen Worten, sie muß ihm gestatten, seinen Produktionsapparat in Ordnung zu halten und seine Waren auf dem Weltmarkt zu verkaufen.

Mit den Sachlieferungen verhält es sich genau so, nur, daß hier die deutsche Bourgeoisie nicht erst einen Käufer zu suchen braucht, sondern auf Bestellung arbeitet.

Geboren aus dem Widerspruch zwischen kapitalistischer Produktions- und Konsumtionsmöglichkeit ist die Weltwirtschaftskrise zur Totekrise dieser Ordnung geworden. In dieser Krise ist die Bourgeoisie gezwungen, um den Lebensinhalt ihrer Ordnung, um den Profit, zu kämpfen.

Bisher hat das deutsche Proletariat die Sachlieferungen der Bourgeoisie durch sein Steuernzahlen, die Geldeszahlungen durch den aus ihm herausgeschundenen Mehrwert ermöglicht.

Wenn man sich weiter vor Augen hält, daß ein einziger der hauptkapitalistischen Staaten in der Lage ist, die ganze Welt mit Waren zu versorgen, so kann man erstens den ungeheuren Konkurrenzkampf bemerken, den die Bourgeoisie, gewollt oder nicht, führen muß. Und zweitens, kann man sich eine Vorstellung von der gewaltigen Ueberproduktion machen.

Durch die Ueberproduktion muß der Konkurrenzkampf immer bisartigeren Formen annehmen. Mit dem sich Verschärfen der Totekrise des kapitalistischen Systems, müssen sich also die Stimmen gegen den Youngplan immer mehr und mehr verstärken.

Die deutsche Bourgeoisie ist gegen die Reparationen, weil ihr durch die Goldzahlungen das nötige Geldkapital entzogen wird. Die Enteignung-Bourgeoisie ist heute schon zum Teil und muß mehr und mehr zum Gegner der Reparationszahlungen werden.

In diesem bürgerlichen Interessenkampf sehen wir wiederum die KPD. als treue Sachverwalterin der internationalen Bourgeoisie und durch das Betonen des Nationalismus als treuen Kettenhund des deutschen Teils, das heißt, der eigenen Bourgeoisie.

Es würde sich die Frage erheben: Warum ist die KPD. die radikalste Partei, die die bürgerlichen Interessen wahrzunehmen bestrebt ist? Diese Frage beantwortet sich, wenn man begreift, daß die KP., die im Dienste Rußlands steht; Rußland aber wiederum durch seine Warenwirtschaft auf das engste mit dem internationalen kapitalistischen System verbunden ist.

Will das Proletariat in dem Totekampf, den die internationale Bourgeoisie um ihr System kämpft, nicht in Barbarei untergehen, so muß es jede „nationale Befreiung“ als kontorrevolutionär ablehnen, und an Stelle der nationalen Interessen die internationale proletarische Solidarität, an Stelle der von KPD. propagierten „nationalen Befreiung“ die vom Spartakusbund propagierte internationale Weltrevolution stellen.

Nieder mit der nationalistischen Seuche! Es lebe die Rätediktatur des Proletariats!

Leeres Wort des Armen Rechte

Es ist Tatsache, daß immer noch Proletarier irgend welche verschwommenen Illusionen über die kapitalistische „Demokratie“ haben. Daran hat die größte Schuld der Leninismus und die 3. Internationale. 12 Jahre lang erzählte man den Proleten, sie müßten mit gesetzlichen Methoden die proletarische Revolution organisieren.

Mit dem weiteren Fortschreiten der Totekrise des Kapitalismus formieren sich aber immer klarer die